

Satzung zur Entschädigung ehrenamtlich tätiger Bürger der Stadt Coswig (Anhalt)

Gemäß § 33 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen- Anhalt (GO LSA) vom 5. Oktober 1993, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16.11.2006 (GVBl. LSA S. 522), beschloss der Stadtrat der Stadt Coswig (Anhalt) am 25.10.2007 folgende Satzung:

§ 1

Aufwandsentschädigung für die Stadträte der Stadt Coswig (Anhalt)

- (1) Die Aufwandsentschädigung der Stadträte erfolgt in einer Kombination von Pauschale und Sitzungsgeld. Der Pauschalbetrag hat eine Höhe von 80,00 €
- (2) Sitzungsgeld wird für die Teilnahme an den Sitzungen des Stadtrates, seiner Ausschüsse und für je eine Sitzung der Fraktion vor der entsprechenden Stadtratssitzung gezahlt. Das Sitzungsgeld beträgt 12,50 €. Damit sind Fahrt- oder andere Kosten abgegolten.
- (3) Die Protokolle der Stadtrats- und Ausschusssitzungen gelten als Grundlage eines Anspruches. Für die Fraktionssitzungen meldet der entsprechende Vorsitzende die Teilnahme an die Verwaltung.
- (4) Der Vorsitzende des Stadtrates erhält einen Zuschlag von 100 % zum Pauschalbetrag.
- (5) Die Vorsitzenden von Ausschüssen und die Fraktionsvorsitzenden erhalten einen Zuschlag von 80 % zum Pauschalbetrag.
- (6) Sachkundige Bürger, die in Ausschüssen der Stadt Coswig (Anhalt) tätig sind, erhalten nur das Sitzungsgeld.
- (7) Die Gleichstellungsbeauftragte erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung von 50,00 €
- (8) Die Aufwandsentschädigungen der Freiwilligen Feuerwehr werden in einer separaten Satzung geregelt.
- (9) Aufwandsentschädigungen sind nicht übertragbar; auf sie kann nicht verzichtet werden.
- (10) Die pauschalisierten Entschädigungen entfallen, wenn die ehrenamtliche Tätigkeit länger als 3 Monate nicht wahrgenommen wurde.
- (11) Die Zahlungen erfolgen quartalsweise.

§ 2

Aufwandsentschädigung für Ortschaftsräte und Ortsbürgermeister

- (1) Die pauschale Aufwandsentschädigung für die Ortschaftsräte beträgt:
 - in Ortschaften mit bis 500 Einwohnern 16 €/Monat
 - in Ortschaften von 501 bis 1000 Einwohnern 21 €/Monat
 - in Ortschaften von 1001 bis 1500 Einwohnern 26 €/Monat.Die pauschalisierten Entschädigungen entfallen, wenn die ehrenamtliche Tätigkeit länger als 3 Monate nicht wahrgenommen wurde.
Die Zahlungen erfolgen quartalsweise.
- (2) Die pauschale Aufwandsentschädigung für Ortsbürgermeister beträgt:
 - in Ortschaften mit bis 500 Einwohnern 154 €/Monat
 - in Ortschaften von 501 bis 1000 Einwohnern 231 €/Monat
 - in Ortschaften von 1001 bis 2000 Einwohnern 307 €/Monat.

Die pauschalisierten Entschädigungen entfallen, wenn die ehrenamtliche Tätigkeit länger als 3 Monate nicht wahrgenommen wurde.
Die Zahlungen erfolgen quartalsweise.

- (3) Für die Ermittlung der Einwohnerzahlen im § 2 Abs. 1 und 2 finden die Regelungen der Kommunalbesoldungsverordnung für das Land Sachsen-Anhalt entsprechend Anwendung.
- (4) Im übrigen sind die Regelungen in den Gebietsänderungsverträgen zwischen der Stadt Coswig (Anhalt) und der Gemeinde Zieko vom 11.07.2003 und der Gemeinde Wörpen vom 24.09.2007 für diese Ortschaften zu beachten.

§ 3

Entgangener Arbeitsverdienst

- (1) Neben der Aufwandsentschädigung besteht Anspruch auf Ersatz des Verdienstaufschlags. Nichtselbständigen wird der tatsächliche entstandene und nachgewiesene Verdienstaufschlag ersetzt. Selbstständige erhalten einen pauschalen Ersatz ihres Verdienstaufschlages in Höhe von 10,00 € pro Stunde, wenn die aufgewandte Zeit in die üblichen Geschäftszeiten fällt.
- (2) Der Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung wird erstattet.
- (3) Entschädigungen nach (1) und (2) erfolgen nur auf Antrag.

§ 4

Auslagenersatz

- (1) Notwendige bare Auslagen für die büromäßige Erledigung der laufenden Dienstgeschäfte sowie die gelegentliche Inanspruchnahme privater Räume zu dienstlichen Zwecken sind mit der Aufwandsentschädigung nach §§ 1 und 2 abgegolten.
- (2) Sonstige Auslagen können auf Antrag im folgenden Kalendermonat erstattet werden. Belege sind dem Antrag beizufügen.
- (3) Über den Antrag entscheidet der Hauptausschuss.

§ 5

Reisekostenvergütung

- (1) Reisekosten werden nach den gültigen Regelungen des Bundesreisekostengesetzes vergütet.
- (2) Dienstreiseaufträge der Stadträte werden durch den Vorsitzenden des Stadtrates genehmigt.
- (3) Dienstgänge sind mit der Zahlung der Aufwandsentschädigung abgegolten.

§ 6

Sprachliche Gleichstellung

Personen und Funktionsbezeichnungen gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

§ 7

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2008 in Kraft und gilt bis auf Widerruf.
Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Satzung zur Entschädigung ehrenamtlich tätiger Bürger der Stadt Coswig (Anhalt) vom 04.12.2003 außer Kraft.

Coswig (Anhalt), den 25.10.2007

Berlin
Bürgermeisterin

Siegel